

**"Geschichte, Verfassung, Denkmal, Bildung -
die vier Säulen eines Hauses der Demokratie"**

Grußwort zur Eröffnung des Symposions
"Die Frankfurter Paulskirche. Ort der deutschen Demokratie"
am 30.9. / 1.10.2019

von Stadtrat Dr. Bernd Heidenreich

I.

Für den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main heiße ich Sie alle sehr herzlich zu dem Symposion "Die Frankfurter Paulskirche. Ort der deutschen Demokratie" im Karmeliterkloster willkommen und überbringe Ihnen dazu die besten Grüße unseres Oberbürgermeisters Peter Feldmann und der Kulturdezernentin Dr. Ina Hartwig.

Ich freue mich sehr, dass das Institut für Stadtgeschichte und die Hessische Landeszentrale für politische Bildung mit dieser Tagung ihre bewährte, jahrzehntelange Zusammenarbeit fortsetzen. Der Direktorin des Instituts, Dr. Evelyn Brockhoff, und dem Direktor der HLZ, Dr. Alexander Jehn, bin ich sehr dankbar, dass sie damit ein historisches Thema aufgegriffen haben, das derzeit wie kein zweites die Frankfurterinnen und Frankfurter beschäftigt und das in das Zentrum der Debatte über den Zusammenhang von Erinnerungskultur und Demokratie in Deutschland gerückt ist.

Wie die meisten von Ihnen wissen, ist Evelyn Brockhoff schwer erkrankt und kann heute leider nicht unter uns sein. Wir senden ihr von dieser Stelle unsere allerbesten Genesungswünsche. Zugleich danke ich ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen voran Franziska Kiermeier, für die konzeptionelle und organisatorische Vorbereitung der heutigen Veranstaltung.

In diesen Dank schlieÙe ich die Vertreterinnen und Vertreter der Landeszentrale und nat¼rlich alle Referentinnen und Referenten ein, die mit ihren Beiträgen die nächsten beiden Tage gestalten werden.

Bevor wir jedoch in dieses Symposium eintreten, erlauben Sie mir bitte einige Anmerkungen zu seinem Gegenstand.

II

Das 175. Jubiläum der ersten deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche im Jahre 2023 wirft seinen Schatten voraus. Es ist ein großer Schatten. Denn es geht bei diesem Jubiläum um ein Schlüsselereignis der deutschen Demokratiegeschichte und um einen besonderen Erinnerungsort unserer Nation, aber auch um ein zentrales Thema für die Stadt Frankfurt am Main. In der Paulskirche trat 1848 das erste frei gewählte deutsche Parlament zusammen. Hier in Frankfurt wurde die erste deutsche Verfassung diskutiert und verabschiedet. Hier stand die Wiege unserer Demokratie.

Auch in dunkelster Zeit, als die Menschen- und Freiheitsrechte von den Nationalsozialisten mit Füßen getreten wurden, blieben die Ideen und das Verfassungswerk der Paulskirche Orientierungspunkte für ein demokratisches Deutschland.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Paulskirche schwer beschädigt, aber nicht gänzlich zerstört. Als ein "Dom der Freiheit" ist sie bis heute nicht nur ein Symbol für die Wurzeln unserer demokratischen Kultur. Sie legt auch Zeugnis davon ab, dass der Freiheitswille der Menschen auf Dauer nicht zu brechen ist und dass die Werte der Humanität und des Friedens am Ende stärker sind als Diktatur, Gewalt und Krieg.

Nach 1945 wurde die Paulskirche zu einem Symbol für den demokratischen Neuanfang in Deutschland. Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb rief damals dazu auf:

"Wir müssen die Paulskirche wieder aufbauen - in Stein wie im Geiste."

Bei ihrem Wiederaufbau wurde in den Grundstein das Bekenntnis der Deutschen zur Demokratie eingemauert:

"Sie wurde zerstört, weil wir die sittlichen Gesetze missachteten. Mögen unsere Nachkommen sich selbst überwinden und über die Grenzen hinaus allen Völkern die Hand in Eintracht reichen."

Die Deutschen haben die Lehre aus ihrer Zerstörung gezogen und ihre Verpflichtung erfüllt. Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland wurde zu einem Erfolgsmodell. Mit dem Zusammenbruch der SED-Diktatur, dem Beitritt der neuen Länder zum Grundgesetz und der Vereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit wurde der Auftrag der Paulskirche auch für die Ostdeutschen eingelöst.

Auf diese Traditionen dürfen wir gemeinsam stolz sein - nicht nur in Frankfurt am Main.

Mit Recht hat daher Bundespräsident Walter Steinmeier in einem Artikel der "Zeit" vor dem Hintergrund des anstehenden Jubiläums die Frage aufgeworfen:

"Warum hat Deutschland nicht den Ehrgeiz, die Paulskirche bis dahin zu einer modernen Erinnerungsstätte für die Demokratie zu machen?"

Vor allem aber hat der Bundespräsident die Zukunft der Paulskirche als eine "Aufgabe (bezeichnet), mit der wir Frankfurt nicht ganz allein lassen sollten", und damit das Engagement des Bundes in Aussicht gestellt. Dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Bereits vor einem Jahr hat Oberbürgermeister Peter Feldmann in diesem Zusammenhang angeregt, ein Demokratiezentrum einzurichten und einen Bürgerdialog über die Demokratieggeschichte der Deutschen angestoßen. Das war ein wichtiger Impuls, dessen Umsetzung und Ausgestaltung uns derzeit in Frankfurt beschäftigt.

Zunächst wird es allerdings um das denkmalgeschützte Gebäude der Paulskirche selbst gehen. Denn seine anstehende Sanierung macht Entscheidungen notwendig.

Zwei Modelle stehen sich dabei gegenüber: die Rekonstruktion des Originalzustandes von 1848 nach außen und innen (einschließlich des steilen Helmdachs und der hölzernen Empore) und die behutsame Fortschreibung des derzeitigen Erscheinungsbildes auf der Grundlage des historischen Befundes der Nachkriegszeit und der Ideen der Architekten um Rudolf Schwarz.

Für beide Varianten sprechen gute Argumente. Wir sollten sie ernst nehmen und das Gespräch darüber mit wechselseitigem Respekt führen. Weder sind die Anhänger einer historischen Rekonstruktion spießbürgerliche Nostalgiker noch sind die Befürworter der Nachkriegsarchitektur geschichtsvergessene Ignoranten. Vor allem aber sollten wir uns in Frankfurt die skurrile Architektendebatte um die Einrichtung sogenannter "rechter Räume" ersparen.

Wenn sich derzeit in Frankfurt eine deutliche politische Mehrheit für den Erhalt des gegenwärtigen Erscheinungsbildes abzeichnet, so hat das allerdings gute Gründe, die nicht nur mit dem lieb gewordenen Stadtbild zu tun haben. Die meisten geschichtspolitischen und denkmalpflegerischen Aspekte sprechen klar für den Erhalt des derzeitigen Zustandes.

So wurde das Innere der Paulskirche durch die Bomben des Krieges weitgehend vernichtet. Von der ursprünglichen Einrichtung blieb lediglich ein meterhohes Bild der Germania erhalten, gegen das das bekannte Denkmal in Rüdelsheim wie eine Spielzeugfigur wirkt. Je mehr man sich mit solchen Details einer historischen Rekonstruktion beschäftigt, um so dringlicher stellt sich die Frage: Würden damit wirklich die richtigen Bilder gestellt? Ich denke nicht.

Schwerer noch wiegt: Die jetzige Originalausstattung des Plenarsaals, die einem wohlgedachten künstlerischen und politischen Konzept folgt, würde durch eine historische Rekonstruktion zugunsten einer Kopie unwiderruflich vernichtet. Das kann niemand wollen, der sich dem Denkmalschutz und der deutschen Geschichte nach 1945 verpflichtet fühlt.

Der Plenarsaal der Paulskirche spiegelt wie kaum ein anderer öffentlicher Raum die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der Goethepreis der Stadt Frankfurt und der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels werden hier verliehen. Die Fernsehbilder davon haben Generationen geprägt. Thomas Mann, Theodor Heuss, J. F. Kennedy und Albert Schweitzer haben hier gesprochen. Wir sind nicht so reich an Erinnerungsstätten unserer jüngeren Demokratie- und Kulturgeschichte, dass wir darauf verzichten sollten.

III

Neben der Zukunft des historischen Denkmals steht die Idee eines Demokratiezentrums zur Debatte. Für seine räumliche Einrichtung werden derzeit drei Alternativen ergebnisoffen diskutiert: die Rekonstruktion der Alten Börse auf dem Paulsplatz, ein Neubau an der Berliner Straße und der Umbau des Römer-Nordbaus, für den vor allem pragmatische und finanzielle Überlegungen sprechen.

Über die Raumfrage hinaus wären allerdings vor allem die Inhalte eines solchen Zentrums zu klären, für das der anschauliche Begriff "Haus der Demokratie" vorgeschlagen wurde. Alle Frankfurterinnen und Frankfurter sind eingeladen, sich daran im Rahmen eines Bürgerdialogs zu beteiligen. In diesem Kontext auch steht das heutige Symposium.

Auch ich möchte zu diesem Dialog einen Beitrag leisten - weniger als Mitglied des Magistrats, der dazu noch keine gemeinsame Position erarbeiten konnte, wohl aber als Historiker und als Bürger dieser Stadt, der sich über viele Jahrzehnte mit Fragen der Erinnerungskultur und der politischen Bildung beschäftigt hat.

Wie also könnte ein "Haus der Demokratie" aussehen, das diesem Namen gerecht wird?

Ein "**Haus der Demokratie**" sollte museale Präsentation, historische Orientierung und politische Bildung miteinander verbinden. Es könnte auf **vier Säulen** stehen, die sich mit den Stichworten **Geschichte**, **Verfassung**, **Denkmal** und **Bildung** beschreiben lassen.

Geschichte

Grundlage und erste Säule muss die historische Selbstvergewisserung sein, ohne die jede politische Bildung auf Sand gebaut ist und alle Debatten über Demokratie im Unverbindlichen und Schemenhaften schwimmen. Ausgangspunkt sollte daher ein historisches Dokumentationszentrum sein. Es hätte zu beginnen bei den ersten Anfängen einer Demokratiebewegung, wie sie sich seit den napoleonischen Kriegen

in der Auseinandersetzung um Freiheit und Einheit, Rechtsstaat und Verfassung, Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit, Bürgerbeteiligung und Partizipation spiegeln. Dazu gehören die Geschichte von Staat und Gesellschaft im Vormärz (1815-1848) und das Hambacher Fest (1832) ebenso wie der Blick auf die europäische Entwicklung, etwa in Frankreich und Polen.

Frankfurt und die hessische Region spielten dabei übrigens eine herausragende Rolle: Es sei nur an den Frankfurter Wachensturm von 1833, die Hallgartener Versammlungen im Rheingau seit den 1830er Jahren und die Heppenheimer Versammlung an der Bergstraße von 1847 erinnert.

Im Mittelpunkt einer musealen Präsentation müssten allerdings die Revolution von 1848/49 in deutscher und europäischer Perspektive und die erste deutsche Nationalversammlung in Frankfurt stehen. Es geht dabei natürlich um die Ereignisgeschichte, aber auch um Strukturen und Entwicklungslinien. In der Paulskirche machte der Parlamentarismus in Deutschland seine ersten Schritte. Sie ist die Kinderstube unserer demokratischen Kultur, von der wir noch heute leben.

Schließlich bliebe eine Präsentation unserer Demokratiegeschichte ohne eine Darstellung der Folgen von 1848 nur Stückwerk. In diesen Kontext gehören etwa die Bürgerrechtsbewegung der DDR, die friedliche Revolution des Jahres 1989 und die Deutsche Einheit von 1990. Denn in ihnen hat sich die Verbindung von Einheit und Freiheit als Erbe der Paulskirche nach zwei Weltkriegen und zwei Diktaturen erstmals in der Geschichte der Deutschen erfüllt.

Verfassung

Die Präsentation unserer Verfassungsgeschichte und die Vermittlung der Werte unseres Grundgesetzes sollten die zweite Säule eines "Hauses der Demokratie" sein.

Verfassungspatriotismus und demokratische Kultur stellen sich nicht von selbst her. Jede Generation muss sie neu erwerben und einüben. Die Paulskirche bietet dafür einen wichtigen Lernort. Denn hier wurden die erste Deutsche Verfassung diskutiert und verabschiedet und die Fundamente für den demokratischen, liberalen Rechts- und Verfassungsstaat in Deutschland gelegt.

Von der Frankfurter Paulskirchenverfassung (1849) über die Weimarer Reichsverfassung (1919) führt eine direkte Linie zum Bonner Grundgesetz (1949). Die Frauen und Männer des Parlamentarischen Rates konnten daran anknüpfen, als sie nach den Verbrechen der Hitler-Diktatur und den Schrecken des Krieges die verfassungsmäßige Grundlage für einen demokratischen Neuanfang in Deutschland schufen.

Wer die Grundrechtskataloge der Paulskirchenverfassung und des Grundgesetzes miteinander vergleicht, wird Übereinstimmungen bis in den Wortlaut finden. Im Grundgesetz vollendet sich das Werk der Paulskirchenversammlung. Daher ist ein "Haus der Demokratie" der rechte Ort, um den langen Weg zum Grundgesetz darzustellen, seine Werte vor allem an die junge Generation weiterzugeben und darüber miteinander ins Gespräch zu kommen.

Wie spannend die Beiträge der Paulskirchenversammlung zu den politischen Debatten der Gegenwart sein könnten, zeigt schon der berühmte Antrag Jacob Grimms zu den Grundrechten, in dem dieser die Idee einer auf die Freiheit verpflichteten Nation entwickelt:

"Alle Deutschen sind frei, und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft, Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei."

Aktueller kann Geschichte nicht mehr sein.

Die Realisierung dieser zweiten Säule des "Hauses der Demokratie" erfordert allerdings eine intelligente Kombination aus musealer Präsentation und politischer Bildung. Das ist eine besondere Herausforderung für Politiker, Ausstellungsmacher, Museumspädagogen und politische Bildner. Ich finde: Wir sollten sie annehmen.

Denkmal

Die dritte Säule dieses Hauses wäre das Denkmal Paulskirche selbst und die Geschichte dieses einzigartigen nationalen Erinnerungsortes, wie sie bereits in der aktuellen Ausstellung des Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt anschaulich präsentiert wird.

Architektur, Innenausstattung und Nutzung öffentlicher Gebäude spiegeln das politische Selbstverständnis und den Zeitgeist einer Epoche. Nicht selten sind sie ein steinernes politisches Programm. Die sich wandelnden Formen historischen Gedenkens und der Umgang von Staat und Gesellschaft mit den Erinnerungsorten der Geschichte reflektieren unser historisches Bewusstsein, unsere politische Kultur und unser Demokratieverständnis. Zutreffend wurde daher die derzeitige Innenarchitektur der Paulskirche in einem Beitrag der FAZ ein "gebautes demokratisches Glaubensbekenntnis der frühen Bundesrepublik" genannt (Alexander). Sollten sich deshalb Stadtverordnetenversammlung und Magistrat für eine Sanierung des Gebäudes auf der Basis der Ideen der Architektengemeinschaft um Rudolf Schwarz entscheiden, böte sich hier nicht nur die Gelegenheit, den Zusammenhang von Architektur und Politik und den Wandel der Erinnerungskultur in Deutschland darzustellen, sondern auch bei Bürgerinnen und Bürgern die Aufmerksamkeit für eine Ästhetik zu wecken, die sich der Demokratie verpflichtet weiß.

Bildung

Die vierte und letzte Säule eines "Hauses der Demokratie" sollte keine Ausstellung oder Präsentation, sondern ein offenes Projekt politischer Bildung sein.

Hier wäre der Raum, um das vom Oberbürgermeister angeregte Demokratiezentrum als Forum mit Leben zu erfüllen. Erstes Ziel muss es dabei sein, das Vertrauen in die Werte des Grundgesetzes zu stärken und vor allem junge Menschen für unsere Demokratie zu gewinnen. Zugleich böte sich dabei die Chance, unsere demokratische Streitkultur neu zu beleben. Denn zur Demokratie gehört neben dem Konsens über Grundlagen und Grundwerte immer auch der Streit um die Sache und

den besten Weg - in guter Tradition der Paulskirchenversammlung. Schließlich ist der politische Streit das Salz in der Suppe der Demokratie und die beste Medizin gegen Politikverdrossenheit.

Die Regeln für eine solche Streitkultur hat die politische Bildung seit langem entwickelt und im sogenannten "Beutelsbacher Konsens" festgelegt. Demnach muss das, was in Politik und Gesellschaft kontrovers ist, auch strittig und kontrovers dargestellt werden. Vor allem aber besteht ein sogenanntes "Überwältigungsverbot". Niemand darf im Sinne einer vorgefassten Meinung überwältigt oder vereinnahmt werden. Vielmehr sind Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, sich ein eigenes, selbständiges Urteil zu bilden.

Politische Bildung wirbt immer für die Demokratie und die Werte der Verfassung und steht damit gleichermaßen gegen den politischen Extremismus von rechts wie von links, sie darf jedoch niemals zu einem Instrument der Manipulation oder gar einer einseitigen politischen oder weltanschaulichen Ausrichtung werden. Eine Indienstnahme des Demokratiezentrum im Sinne parteipolitischer Zwecke würde diese Einrichtung diskreditieren.

Die Formate der Angebote könnten vom Bürgergespräch über die Diskussionsveranstaltung und das Symposium bis zur Vortragsreihe und zum Schülerwettbewerb reichen. Der Phantasie von Pädagogen und Betreibern sind wenig Grenzen gesetzt.

Frankfurt wäre gut beraten, für die Konzeption dieses Zentrums neben seinen bewährten Instituten und Museen auch Sachverstand von außen hinzuzuziehen. Immerhin handelt es sich um ein Projekt von überregionaler Bedeutung und nationalem Rang.

Ich denke dabei etwa an die Universitäten, die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, das Deutsche Historische Museum in Berlin und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn sowie die Zentralen für politische Bildung.

IV

Auch deshalb ist das heutige gemeinsame Symposium des Instituts für Stadtgeschichte und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung ein Glücksfall für dieses Projekt.

Für den Magistrat der Stadt Frankfurt danke ich Evelyn Brockhoff, Franziska Kiermeier und Alexander Jehn noch einmal von Herzen, dass sie dies möglich gemacht haben.

Ich bin zuversichtlich, dass die Beiträge dieser Tagung nicht nur unsere Kenntnisse über die Paulskirche vertiefen, sondern auch wichtige Bausteine für ein "Haus der Demokratie" in Frankfurt am Main sein werden.

Mit Ihnen allen freue ich mich auf spannende Vorträge und anregende Diskussionen.